

3485/A(E) XXVII. GP

Eingebracht am 05.07.2023

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

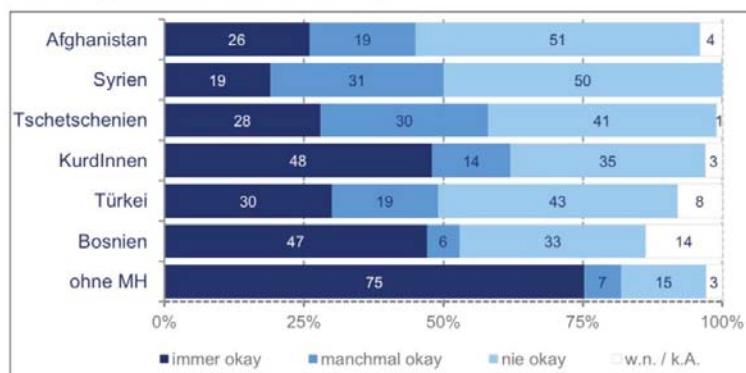
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Mag. Yannick Shetty, Kolleginnen und Kollegen
betreffend Religiös motivierte Homophobie bekämpfen**

22% aller LGBTQ+ Personen in Österreich geben an, bestimmte Plätze in der Öffentlichkeit aufgrund von LGBTQ-feindlichem Verhalten zu meiden (1). Obwohl sich eine gewisse Ablehnung von Homosexualität quer durch alle Gesellschaftsschichten zieht, gibt es Personengruppen, in denen Homophobie häufiger vorkommt. Diese hängen teils mit der Herkunft zusammen (z.B. äußern Personen mit russischem oder serbischem Migrationshintergrund öfter Ablehnung gegenüber Homosexualität), teils ist Homophobie aber auch religiös motiviert - sowohl christlich als auch muslimisch. Insbesondere wenn Homophobie und Religiosität aufeinandertreffen wird häufig auf Glaubensüberzeugungen und abweichende Werte verwiesen. Es ist daher unerlässlich zu betonen, dass religiöse Überzeugungen, die sich unter dem Vorwand der "Religionsfreiheit" gegen das grundlegende Menschenrecht auf Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung stellen, nicht akzeptabel sind.

Der 2023 veröffentlichte Forschungsbericht des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) bezüglich der Werte und Einstellungen junger Migrant:innen belegt, dass sich etwa ein Drittel der Jugendlichen mit Migrationshintergrund als "sehr religiös" oder "religiös" bezeichnen - 36% der jungen Männer und 28% der jungen Frauen (2). Eine Studie von Kenan Güngör aus 2019 fragte die Ablehnung von Homosexualität unter Jugendlichen aus verschiedenen Herkunftsländern ab. Während 75% der jungen Österreicher:innen ohne Migrationshintergrund Homosexualität "immer okay" finden, liegt die Zustimmung zu dieser Aussage bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund aus primär muslimischen Ländern weit niedriger. Jugendliche mit einem afghanischen oder syrischen Migrationshintergrund stehen Homosexualität besonders ablehnend gegenüber - die Hälfte findet Homosexualität "nie okay". Genau so sehen das mehr als 40% der Jugendlichen mit türkischen oder tschetschenischen Wurzeln (3). Auch eine Studie zu Parallelgesellschaften aus dem Jahr 2023 stellte fest, dass Intoleranz gegenüber Homosexualität bei bestimmten Gruppen, wie türkischen und syrischen Jugendlichen, besonders hoch ist (4).

Abbildung 76: Ist Homosexualität okay?



Anm.: Frage im Wortlaut: „Wie stehen Sie zu folgenden Dingen? Ist Homosexualität immer okay, manchmal okay oder nie okay?“

Angesichts der besorgniserregenden Tatsache, dass LGBTQ-feindliches Verhalten und Intoleranz in bestimmten religiös geprägten Migrantengruppen weiterhin präsent sind, ist es von entscheidender Bedeutung gezielte Maßnahmen in der Jugendarbeit zu ergreifen, um religiös motivierte Homophobie zu bekämpfen. Es ist ermutigend zu sehen, dass sich mit zunehmender Zeit der Einwanderung und höherem Bildungsstand eine erhöhte Akzeptanz von Homosexualität abzeichnet (4). Dies zeigt, dass Bildung und eine aktive Integrationspolitik wesentliche Faktoren sind, um Vorurteile und Intoleranz zu überwinden.

Bewährte Lösungsansätze und Best-Practice Beispiele aus anderen Ländern sollten daher dringend implementiert werden. Dazu gehören verstärkte Jugendarbeit und die inhaltliche Ausweitung der Werte- und Orientierungskurse für alle Asylwerber:innen, die verstärkt zur Aufklärung über eine diverse und vielfältige Gesellschaft beitragen.

- (1) https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2020-lgbti-equality-1_en.pdf
- (2) <https://www.integrationsfonds.at/mediathek/mediathek-publikationen/publikation/forschungsbericht-werte-und-einstellungen-junger-migrantinnen-16631/>
- (3) <https://www.integrationsfonds.at/mediathek/mediathek-publikationen/publikation/forschungsbericht-junge-menschen-mit-muslimischer-prägung-in-wien-213/>
- (4) https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/user_upload/WEB_FB_Parallelgesellschaften_2023-03.pdf

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien, wird aufgefordert, die vorhandenen Werte- und Orientierungskurse inhaltlich so auszuweiten, dass sie verstärkt zur Aufklärung über

sexuelle Vielfalt beitragen, sowie im Bereich der Jugendarbeit konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um religiös motivierte Homophobie zu bekämpfen."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gleichbehandlungsausschuss vorgeschlagen.